

Redner bespricht hieran Anomalien, die auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens vorgekommen sind. Im ersten Jahre des Krieges ließen trotz der Warnungen der Eisenbahnfachleute die militärischen Leiter des Eisenbahnwesens die Züge mit solcher Langsamkeit fahren, daß viele schwere militärische Rachtteile barauf zurückzuführen sind. Die zuständigen Militärteile sind im Frieden im Eisenbahnbetrieb nicht genügend geschult worden. Die Mitglieder des Generalstabes, die berufen sind, im Kriege den Eisenbahndienst zu leiten, müssen im Frieden mit den Eisenbahnbetrieben unmittelbar in Verbindung gebracht werden.

Redner wendet sich zum den Fragen zu, die mit der Kriegswirtschaft in Verbindung stehen. Er gibt zu, daß die Heeresleitung mit großer Liebe zur Sache bestrebt war, die großen und schweren Aufgaben zu bewältigen, doch beging sie gleich zu Beginn des Krieges den großen Fehler, daß sie selbst diese Frage lösen wollte. Es liegt in der Natur der Sache, daß diesen Angelegenheiten diejenigen ein besseres Verständnis entgegenbringen, die infolge ihres bürgerlichen Berufes in ihrem ganzen Leben mit wirtschaftlichen Fragen sich beschäftigt haben. Sowohl das Kriegsministerium, wie das Armeekorpskommando verschlossen sich der Einwirkung der bürgerlichen wirtschaftlichen Kreise. Damit haben sie weder den militärischen Interessen, noch dem wirtschaftlichen Leben beider Staaten einen Dienst erwiesen. Das Kriegsministerium suchte einfach die Lösung darin, daß es in großer Zahl neue Sektionen schuf. Der Wirkungskreis des Kriegsministeriums war ohnehin ins Riesige gewachsen, so daß schließlich die Leitung der Angelegenheiten den Händen des verantwortlichen Ministers entglitt.

Die korrekten Intentionen, von denen der Kriegsminister und sein Vorgänger durchdrungen waren, gelangten infolge der Fehler, ja sogar manchmal infolge der nicht ganz objektiven Auffassung der untergeordneten Organe nicht zur Geltung. Die dem Kriegsministerium zahllos zugeordneten Reserveoffiziere, die sich in irgendeinem Zweige des bürgerlichen Lebens eine gewisse Geschäftlichkeit angeeignet hatten, schufen sich bei ihren Sektionschefs ein Ansehen und eine Macht, hinter der selbst die Macht des Ministers verschwand. Die Ursache des Übels liegt im allgemeinen darin, daß bei der wirtschaftlichen Tätigkeit der Heeresleitung solche wirtschaftliche Interessen beider Staaten nicht berücksichtigt werden, die man mit den Kriegsinteressen aufs engste in Einklang bringen könnte, wenn bürgerliche Faktoren in die Verwaltungsarbeiten einbezogen würden. Hätten die riesigen Bestellungen und Investitionen planmäßig dem Wirtschaftsleben beider Staaten eingeleitet werden können, so hätte dies der wirtschaftlichen Entwicklung beider Staaten einen riesigen Aufschwung gebracht. Wir selbst haben alles mögliche ins Werk gesetzt, damit dieses geschehe. Zum Teil ist dies auch gelungen. In jener Zeit aber, da hierüber die Entscheidung fallen mußte, stand die Frage im Vordergrund, daß wir in diesem Kampf auf Leben und Tod stehen, so daß wir für viele wichtige Dinge rein physisch keine Zeit hatten. Sehr viele Angelegenheiten, in denen es Rabungen gab, konnten nicht erledigt werden, da in den Fragen einmütig gearbeitet werden mußte, bei denen nicht vom wirtschaftlichen Interesse, sondern von Existenzinteressen des Staates die Rede war. Dies rächte sich namentlich bei den militärischen Investitionen. Diese Investitionen nahmen Hunderte Millionen in Anspruch. Ein regegenwandler, geschickter Mensch vermochte die Durchführung von Investitionen durchzuführen, die zweckmäßiger und besser anderswo hätten ausgeführt werden können. Zu Verbindung mit dieser Frage wurde Ungarn in mancher Hinsicht geschädigt. Namentlich den Interessen der ungarischen Industrie wurde nicht jene Fürsorge zuteil, die ihr gebührt hätte. Auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen kann Redner behaupten, daß dies gegen die Intentionen der Heeresleitung geschehen ist. Es lag dies zumeist an den Umständen und es hätte nur in der Weise Abhilfe geschaffen werden können, wenn die volkswirtschaftlichen Faktoren beider Regierungen vom ersten Augenblick an in die Vorbereitungs- und Organisationsarbeiten einbezogen worden wären. Wir befinden uns hier in einem riesigen Nachteil gegenüber Oesterreich, schon infolge des Umstandes, daß das Kriegsministerium sich in Wien befindet. (Zustimmung.) Die österreichischen wirtschaftlichen Faktoren können den Kriegsminister leichter erreichen als die ungarischen. Die zuständigen militärischen Faktoren stehen naturgemäß auf Grund persönlicher Bekanntschaft mit den österreichischen wirtschaftlichen Faktoren in Verbindung. Ohne besonderes Uebel wollen wurden die oben erwähnten Reserveoffiziere zum überwiegenden Teil aus den Kreisen der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels genommen. Diese Offiziere haben natürlich unwillkürlich ihre eigenen Interessen, ihre eigenen Verhältnisse mit großem Erfolg vertreten. Diesen Uebelständen hätte nicht anders abgeholfen werden können, als so, daß beiden Regierungen der paritätische Einfluß in sämtlichen wirtschaftlichen Fragen sowohl im Stadium des Entwurfes, als auch im Stadium der Vorbereitung wäre gewährleistet worden. In dieser Beziehung muß Redner einige Stellen der jüngsten Äußerungen des Delegierten Szterényi richtigstellen. Wenn gens billigt er die Ausführungen Szterényis über die österreichischen Bestrebungen, und ist gleichfalls der Ansicht, daß im Kriegsfalle bei den industriellen Bestellungen der Quoten Schlüssel nicht außer acht gelassen werden könne. Selbstverständlich besitzen wir auch den Rechtstitel zur Forderung, daß der Quoten Schlüssel auch während des Krieges zur Geltung komme und daß unser Geld zur Fraktionierung unseres wirtschaftlichen Lebens verwendet werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Im Frieden könnte dies bei entsprechendem Wohlwollen und ernstlicher Arbeit und Gewährleistung werden, aber im Kriege sei dies nicht immer möglich. Es seien tatsächlich Fehler begangen worden. Selbst bei der zielbewusstesten Arbeit wäre es nicht möglich gewesen, die ungarische Industrie bei den industriellen Bestellungen genau nach dem Verhältnis der Quote zu beteiligen. Hätte man gewußt, daß der Krieg noch im vierten Jahr nach seinem Ausbruch andauern werde, dann würden die Schornsteine der ungarischen Fabriken schon längst rauchen. Wer aber hätte zu Beginn des Krieges auch nur eine anderthalbjährige Dauer prophezeit? Welche Regierung hätte die Verantwortung übernehmen können, Bestellungen auf Milliarden zu effektuieren, die verloren gegangen wären, wenn der Krieg nur kurze Zeit gedauert hätte? Natürlich konnten in der ersten Zeit solche Bestellungen nicht gemacht werden, die neue Fabriken geschaffen hätten. Es müßten unverzüglich Riesennengen fertiggestellt werden. Es war infolgedessen selbstverständlich davon die Rede,

daß die betreffenden österreichischen und ungarischen Fabriken bis zum Maximum ihrer Leistungsfähigkeit gehen. Es konnte nur dafür gesorgt werden, daß auch die ungarischen Fabriken bis zur vollen Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt werden und, wenn sie geneigt waren, ihren Betrieb zu erhöhen, auch demgemäß Beschäftigung erhalten. Bezüglich der Fabrikation von Munition, Waffen und Kanonen ist das in vollem Maße erfolgt, namentlich hinsichtlich der Kanonenfabrikation sind zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der ungarischen Industrie große Investitionen gemacht worden. Dagegen gibt Redner bereitwillig zu, daß Unterlassungen gegenüber Ungarn begangen worden sind. Man hätte zweifellos der ungarischen Industrie eine größere Beteiligung gewährleisten können, wenn alle Organe der Heeresleitung mit Wohlwollen im Einvernehmen mit den zuständigen verantwortlichen österreichischen und ungarischen Faktoren gewirkt hätten. Andererseits müßte er aber der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß das quotenmäßige Verhältnis nicht hätte erzielt werden können. Für einen großen Teil der Differenz, die zwischen der quotenmäßigen und der tatsächlichen Beteiligung besteht, kann aber die Heeresleitung nicht verantwortlich gemacht werden. Erstens für den Fall, wenn die ungarische Industrie nicht in vollem Maße beschäftigt gewesen wäre, zweitens, wenn die österreichische Industrie solche Investitionsunterstützungen erhalten hätte, die die ungarische Industrie nicht erhalten hat. Wenn dies nachgewiesen werden kann, ist eine Kritik gerechtfertigt, doch glaubt Redner, daß letztere Differenz nur den kleinen Teil jener Differenz bildet, der zwischen der tatsächlichen Beschäftigung und dem quotenmäßigen Verhältnis besteht. Sodann erklärt Graf Tisa, daß es überaus wichtig sei, daß bei der Frage der Demobilisation die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten in vollem Maße gewahrt werden, wobei die militärischen Interessen natürlich respektiert werden müssen. Was die Abrüstung betrifft, so muß als Grundprinzip das angenommen werden, was Szterényi gesagt hat: daß nämlich Ungarn auch bei der Abrüstung das Recht auf die quotenmäßige Berücksichtigung besitzt, schon aus dem Grunde, weil wir in diesem Verhältnis zu den Lasten des Krieges beigetragen haben. Natürlich kann diese quotenmäßige Beteiligung nicht mechanisch zur Anwendung gebracht werden, da ja hier Kompensationen in gesteigerter Maße möglich sind. Den Anteil des Berichterstatters nimmt Redner an. (Lebhafte Zustimmung.)

Delegierter Roland v. Szegedius

zollt der von den früheren Kriegsministern Freiherrn v. Krobatin und Freiherrn v. Schönach und von ihren Mitarbeitern eufaltenen hervorragenden Tätigkeit Anerkennung. Inbezug auf die Frage der Feststellung der materiellen Schädigung Ungarns im Kriege führt er zu der Folgerung, es könne so nicht weitergehen. Nur laut der Ausweise ist Ungarn in der Höhe von anderthalb Milliarden beeinträchtigt worden, wobei hier die Anschaffungen des Armeekorpskommandos gar nicht inbegriffen sind. Schon zu Kriegsbeginn hat die Organisation verlangt, die die Delegation ohne Unterschied der Partei seit Jahrzehnten forderte, um die ungarische Industriequote durch das ungarische Handelsministerium und das ungarische Handelsmuseum kontrollieren zu können. Hieraus wurde nichts, weil das Kriegsministerium befreit der wichtigsten Investitionen selbst die Daten nicht dem ungarischen Handelsministerium anvertraute, sondern im eigenen Wirkungskreis verblieb. Der zweite Uebelstand war, daß das Kriegsministerium bei Kriegsausbruch nicht wußte, welche Fabriken es in Ungarn gibt und wie leistungsfähig sie sind. Infolgedessen wurden in den Jahren 1914 und 1915 die Aufträge zu großem Teile durch österreichische Vermittlung vergeben. Da der Kriegsminister die Neuerung getan hat, die ungarischen Textilfabriken seien nicht leistungsfähig gewesen, muß Redner konstataren, daß in 1914 die Kriegsverwaltungen die Aufträge an die ungarischen Webereien um drei, vier Wochen später ergehen ließen als an die österreichischen, die dadurch in die Lage kamen, die Rohstoffe und Halbfabrikate in der Zwischenzeit wohlfeiler zu beschaffen. Es ist unangebracht, das Kriegsministerium unablässig um neue volkswirtschaftliche Sektionen zu erweitern. Sie sind ausnahmslos überflüssig und schädlich. Die bisherigen Erfahrungen belegen, daß die in den Wirkungskreis des Kriegsministeriums fallenden Fragen bei dem bisherigen System sich nicht richtig lösen lassen, sondern bloß Verwirrung in das Wirtschaftsleben der beiden Staaten der Monarchie bringen werden. Redner befaßt sich zum Schluß mit der Valutafrage der Okkupationsgebiete und bringt Beweismaterial dafür vor, daß es die einzig richtige Lösung gewesen wäre, ein serbisches Notenemissionsinstitut zu errichten, bei dem die serbischen Staatsgüter und Bergwerke sowie die alten serbischen Dazare zur Deckung gebietet hätten.

Hierauf hielt

Delegierter Adolf v. Ullmann

eine Rede über die Fragen der Demobilisierung, die wir an anderer Stelle anders Blattes beröhrten. Der Präsident mißbilligt sodann die Beratungen des Ausschusses und erklärt, daß in der für nachmittags 4 Uhr anberaumten Sitzung die Frage der Demobilisierung in vertraulicher Beratung erörtert werde. Der Ausschuss wird die Beratungen über das Exposé erst wahrscheinlich am 11. oder 12. Januar wieder aufnehmen. Den Tag der Beratungen wird der Präsident seinerzeit den Mitgliedern des Ausschusses bekanntgeben. Am 7. Januar begeben sich die Mitglieder der ungarischen Delegation nach Udine. Sodann unterbreitet der

Delegierter Edmund Barta

folgende dringliche Anfrage an den Kriegsminister: Die militärische Leitung des Eisenbahnverkehrs berücksichtigt nicht die Interessen der bürgerlichen Bevölkerung und hat den bürgerlichen Verkehr in einer Weise reduziert, daß die Reise auf dem in den Fahrplan eingestellten einzigen Zuge beinahe lebensgefährlich ist. Er richtet das dringliche Ersuchen an den Minister, er möge dafür sorgen, daß diese Anomalien auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs aufhören sollen.

Kriegsminister v. Söjgö-Steiner:

Auf die bringliche Anfrage des Herrn Delegierten Barta erlaube ich mir nun zu erwidern, daß ich diese Anfrage mit konkreten Daten beantworten möchte, die mir momentan nicht zur Verfügung stehen. Ich möchte nicht nur platonisch antworten. (Heiterkeit, Zustimmung.) Er wird die Antwort bei der nächsten Gelegenheit erteilen, wird aber Vorzorge treffen, daß demnächst umlöst Abhilfe geschaffen werde.

Pester

Die Delegationen.

Ungarische Delegation.

Secrétariat der ungarischen Delegation.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 19. Dezember.

In fortgesetzter Verhandlung des Exposés des Kriegsministers im Secrétariat der ungarischen Delegation sprach

Delegierter Graf Stefan Tisa:

Redner hält eine größere Vorlesung bei der Kapitalisierung der Invalidenpensionen für notwendig. Die Kapitalisierung kann nur dort erfolgen, wo man nach eingehender Prüfung der persönlichen Qualitäten und der Lebensverhältnisse des Betreffenden zur Ueberzeugung gelangt, daß diese Kapitalisierung nach menschlicher Berechnung dem Betreffenden tatsächlich zum Vorteil gereicht. Im Gegensatz zum Delegierten Szilás hält Redner es nicht für zweckmäßig, jetzt Fragen anzuschneiden und zu diskutieren, die mit den Kriegsoperationen unmittelbar im Zusammenhang stehen. Wir müssen zweifellos diese Fragen einer sehr gründlichen Prüfung unterziehen, doch muß dies der Zeit nach dem Kriege vorbehalten werden. Infolgedessen wäre es sehr richtig, wenn der Ausschuss und auch die Plenarsitzung der Delegation sich jeder Stellungnahme enthalten, die in irgendeiner Hinsicht über diese Fragen urteilen und der nach dem Kriege unerlässlichen gründlichen Kritik vorgreifen würde.

Redner beschäftigt sich sodann mit den Requirierungen. In den letzten Monaten wiederholten sich oft Ersicherungen, die zu Beginn des Krieges festgestellt werden konnten, dann aber für längere Zeit zu einem Stillstande gelangten. Es handelt sich hier um die Tatsache, daß die Militärbehörden in Ungarn Requirierungen anordneten, auch wenn hierzu keine dringende Notwendigkeit vorliegt und demzufolge der § 27 des Kriegsteilnahmegesetzes zur Anwendung gelangen müßte, wonach der Honvedminister die Erlaubnis zu diesen Requirierungen erteilt. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Wirkungskreis des Honvedministers in dieser Hinsicht nicht geschwächt werde. Das kognobener Militärkommando ordnete vor kurzem eine Requirierung von Futtermitteln an, mit der deutlichen Weisung, daß selbst auf den eigenen Bedarf dieses Landes keine Rücksicht genommen werden solle. In der Bukovina dagegen erhielten die Truppen die strenge Weisung, entsprechende Vorräte den dortigen Landwirten zu belassen. Dies wäre auf dem kognobener Gebiete um so gerechtfertigter, als dieser Teil des Landes infolge des rumanischen Einbruchs empfindliche Verluste erlitten hat.

Redner billigt die Ausführungen des Kriegsministers über die Reform des Militärversorgungsgesetzes und stimmt dem bei, daß die Gehälter der Offiziere erhöht und die Frage der Unteroffiziere geregelt werde. Zwischen den Gehältern der Offiziere und den Gehältern der Zivilbeamten kann kein Vergleich aufgestellt werden, da ja die Qualifikation der Beamten, sowie die Erziehungskosten bei den Beamten sich viel höher stellen. Zweifellos werden aber die Gehälter der Zivilbeamten nach dem Kriege so hoch sein, daß auch eine Reform der Gehälter der Offiziere notwendig sein wird. In dieser Hinsicht hält Redner die Frage des Abanements für viel wichtiger. Es müssen ja nicht unbedingt die Gehälter erhöht werden, sondern man muß eher eine Verbesserung des Abanements in Betracht ziehen. Er gibt wohl zu, daß das militärärztliche Korps hervorragende und opferwillige Mitglieder besitzt, allein das System des militärärztlichen Korps leidet an zwei Gebrechen. Das eine besteht darin, daß bei den Abanements die Qualitäten der Person als Arzt nicht genügend berücksichtigt werden, das zweite darin, daß die Zivilärzte, abgesehen von einigen Universitätsprofessoren, ihre Tätigkeit während des Krieges in viel niedrigerem Range begonnen haben, als es ihrem wissenschaftlichen Niveau entsprach hätte. Aus den Erfahrungen muß die Lehre abgeleitet werden, daß hervorragende Ärzte schon im Frieden mit dem Militärärztswesen in Verbindung gebracht werden müssen. Ferner muß den Militärärzten die Möglichkeit gegeben werden, sich auf dem Gebiete der Chirurgie wissenschaftlich auszubilden.